

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

soll es nicht zum Verzweiflungskampf kommen . . . Die erste deutsche Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, soll eine Friedensregierung sein“.

Alle diese Vorgänge konnten die Feinde in ihren Forderungen nur bestärken.

24. Oktober.

Am 24. Oktober lag die dritte Wilson-Note als Antwort auf die deutsche Note vom 21. vor. Der Präsident war nunmehr bereit, die Alliierten aufzufordern, ihre Waffenstillstandsbedingungen bekanntzugeben, falls sie damit einverstanden sein sollten, „den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen“. Der Waffenstillstand könne aber nur unter Bedingungen abgeschlossen werden, die es Deutschland unmöglich machten, die Waffen wieder aufzunehmen. Im übrigen sei die „Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten“, noch unvermindert. Die Völker der Welt könnten „kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen . . .“, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten . . . Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß . . ., kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben“.

Als Oberst von Haefsten den Inhalt dieser Note am Fernsprecher übermittelte, erklärte General Ludendorff, es gäbe „nur eine Lösung: Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und Kampf bis zum äußersten“<sup>1)</sup>. Generalfeldmarschall von Hindenburg und er entschlossen sich, nach Berlin zu fahren, um dem Kaiser in diesem Sinne Vortrag zu halten. Sie ließen sich davon auch durch die Bitte des Reichskanzlers nicht abbringen, die Reise zu verschieben. Die inzwischen von einem Vertreter des Kriegspresseamtes nach Spa gegebene Nachricht, daß die Reichsregierung die Auffassung der Obersten Heeresleitung teile, bestärkte diese in dem Entschluß, ihre Ansicht auch dem Heere mitzuteilen. So erging noch am 24. Oktober „zur Bekanntgabe an alle Truppen“ ein Erlaß, in dem es hieß:

„Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort „Rechtsfrieden“ nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden

<sup>1)</sup> Bericht des Obst. von Haefsten (Prinz Max von Baden, a. a. O. S. 497).